

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Nato ist unsere Privatarmee“

Kosovo-Führer Ibrahim Rugova über den Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes, das Verhältnis zu den neuen Machthabern in Belgrad, die Unversöhnlichkeit zwischen Albanern und Serben sowie den mörderischen Machtkampf mit seinen Rivalen

SPIEGEL: Herr Rugova, Sie haben über zehn Jahre für die Unabhängigkeit des Kosovo gekämpft. Was haben Sie erreicht?

Rugova: Das Kosovo ist heute dank der Präsenz von Friedenstruppen der Kfor, der Unterstützung durch die Nato und der Aufbauhilfe durch die Uno de facto unabhängig. Wir kontrollieren das Land und erwarten nach den für das nächste Jahr vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auch die formelle Anerkennung. Dies ist ein unaufhaltsamer Prozess, den wir um jeden Preis verwirklichen wollen ...

SPIEGEL: ... der aber im Widerspruch zu beinahe allen Aussagen westlicher Politiker steht, die das Kosovo weiterhin als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien sehen.

Rugova: Ich bin überzeugt, dass sich diese Einstellung sehr schnell ändern wird. Ich habe die EU bereits aufgefordert, mehr Mut zu zeigen. Wer unabhängig werden will, soll auch unabhängig werden – allen voran Montenegro und das Kosovo. Aber die internationale Gemeinschaft sucht derzeit einen Konsens für dieses Problem. Deshalb will keiner allein vorpreschen.

SPIEGEL: Auch nach der Uno-Resolution 1244 gehört das Kosovo zu Jugoslawien, und niemand will die ändern.

Rugova: Diese Resolution war doch nur ein Kompromiss, um Jugoslawiens Zustimmung zum Frieden zu erreichen. Warum kann es über die Frage der Unabhängigkeit des Kosovo nicht einfach ein neues Referendum unter internationaler Aufsicht geben? Verhandlungen über das Thema scheinen mir sinnlos und unnötig.

SPIEGEL: Reagieren Sie deshalb nicht auf die Einladung des neuen jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica zu einem Treffen?

Rugova: Dies ist nicht der richtige Augenblick für Verhandlungen, weder für uns noch für die Serben. Nach den Wahlen in Serbien, wenn die neuen Kräfte mehr Machtbefugnisse haben, können wir über eine Normalisierung der Beziehungen reden – aber auch dann zu Beginn höchstens auf relativ niedrigem Delegiertenniveau. Es wäre sehr hilfreich, wenn die Serben vorab unsere



Unabhängigkeitsstreiter Rugova
„Verhandlungen sind sinnlos“

Unabhängigkeit anerkennen würden.

SPIEGEL: Darauf hoffen Sie doch nicht im Ernst?

Rugova: Niemand wird die Serben fragen, und niemand braucht ihre Zustimmung. Sie müssen die Entscheidung der internationalen Gemeinschaft akzeptieren.

SPIEGEL: Und wenn der Westen Sie auffordert, einen Autonomiestatus für das Kosovo zu akzeptieren?

Rugova: Das ist völlig undenkbar. Jedes Abkommen mit den Serben entwickelte sich in der Vergangenheit für uns zur Tragödie. Zuletzt führte

Belgrad einen zehnjährigen Krieg gegen uns, in welchem Tausende von Albanern getötet, schikaniert und verprügelt wurden.

SPIEGEL: Würde ein unabhängiges Kosovo denn nicht die ganze Region destabilisieren? Die Albaner in Montenegro, Westserbien und Mazedonien dürften sich doch sofort dem neuen Staat anschließen wollen.

Rugova: Im Gegenteil. Die Situation würde sich entspannen. Nur einige Nachbarn – etwa die Serben in Mazedonien – schüren solche Ängste. Es gibt eine Vereinbarung zwischen allen politischen albanischen Parteien des ehemaligen Jugoslawien, nach

Albanische Freischärler in Süd-Serbien: „Das Spiel ist vorbei – endgültig“



der diese die Unabhängigkeit des Kosovo in den jetzigen Grenzen unterstützen.

SPIEGEL: Haben nicht die Albaner in Mazedonien bereits mit einem Aufstand gedroht?

Rugova: Sie wollen nur eine Verfassungsgarantie erhalten, dass sie die gleichen Rechte genießen wie alle anderen Bürger Mazedoniens. Was tatsächlich für Mazedonien gefährlich werden könnte, wäre die Beibehaltung des bisherigen unsicheren, undefinierten Status für das Kosovo. Das stärkt extremistische Strömungen unter den Albanern, die mehr fordern als wir – etwa die Vereinigung mit Albanien.

SPIEGEL: Auch für Deutschland war die Wiedervereinigung zu guter Letzt normal.

Rugova: Natürlich ist es verständlich, dass alle Albaner im selben Staat leben möchten. Wir sehen eine solche Integration aber erst im Rahmen eines geeinten Europa. Ich kann natürlich nicht ausschließen, dass sich eines Tages auch andere Zukunftsalternativen zeigen – möglicherweise eben auch die Vereinigung mit Albanien.

SPIEGEL: Nach dem Machtwechsel in Jugoslawien verlagert der Westen seine Prioritäten erkennbar nach Belgrad. Fürchten Sie nicht, dass Ihnen ähnlich wie Montenegros Präsident Milo Djukanović ein Platz in der zweiten Reihe droht?

Rugova: Ich kann nicht ausschließen, dass Belgrad jetzt die demokratische Karte ausspielen und die Belohnung für die Wende einkassieren will. Aber die internationale Gemeinschaft wird schnell begreifen, dass die alten serbischen Ideen bezüglich des Kosovo nicht begraben, sondern nur überfüncht wurden.

SPIEGEL: Sie sehen also weiterhin keinen Unterschied zwischen dem ehemaligen Diktator Slobodan Milošević und der an die Macht gelangten Opposition?

Rugova: In der Kosovo-Frage sind unglücklicherweise alle gleich. Aber ich schließe eine positive Wende nicht aus. Wesentlich ist, dass die serbische Bevölkerung sich endgültig entschlossen hat, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen.

SPIEGEL: Wird sie zu einem Kompromiss in der Kosovo-Frage bereit sein?

Rugova: Das unbedingte Festhalten am Kosovo war doch nur ein Mythos der Belgrader Elite. Der Rest der Bevölkerung war niemals am Kosovo interessiert. Natürlich müssen auch die Serben in der nächsten Zeit einige schmerzhaft Veränderungen bewältigen. Aber ich bin, trotz aller Zurückhaltung, optimistischer als zuvor.

SPIEGEL: Könnten Sie sich vorstellen, dass die Staatengemeinschaft Belgrad die Teilung des Kosovo als Alternative anbieten könnte – in einen serbischen Norden und einen albanischen Süden?

Rugova: Unmöglich. Die Grenzen des Kosovo sind nicht veränderbar. Die Kosovo-Serben müssen sich in die Institutionen unseres Landes einfügen. Sie werden dann in allen Bereichen gleichberechtigt sein – politisch, wirtschaftlich und sozial. Ihnen wird es besser gehen, als es uns in der Vergangenheit ergangen ist. Wir haben bittere Erfahrungen mit einer ausschließlichen kulturellen Autonomie gemacht.



Präsident Koštunica*: „Schmerzhaft Veränderungen“

SPIEGEL: Warum müssen die Serben weiterhin in Ghettos leben und von der Kfor eskortiert werden, wenn sie ihre Dörfer verlassen?

Rugova: Ich bitte Sie, der Krieg ist erst einhalb Jahre vorbei. Hier herrscht tiefe Verbitterung. Hunderte von Albanern sind noch in serbischen Gefängnissen eingesperrt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis wir den Serben volle Bewegungsfreiheit zusichern können. Aber das ist unsere Priorität. Es ist gut, dass weiterhin 100 000 Serben im Kosovo leben. Sobald die Situation stabiler wird, können auch alle geflohenen Serben zurückkehren. Allerdings brauchen wir Beweise, dass diese Serben das Kosovo als ihren Staat anerkennen.

SPIEGEL: In den vergangenen Wochen gab es heftige Kämpfe an der Grenze des Kosovo zu Südserbien. Will die neue albanische Befreiungsfront dort nicht doch einen Gebietsaustausch erzwingen – das überwiegend von Albanern besiedelte Bujanovac sowie das Preševo-Tal gegen serbische Gemeinden im Norden des Kosovo?

Rugova: Dafür ist die Zeit nicht reif. Unsere Bevölkerung muss in Südserbien bleiben. Das Milošević-Regime hatte versucht, diese Region ethnisch zu säubern, um den für Belgrad wichtigen Meereszugang zum griechischen Thessaloniki zu kontrollieren.

SPIEGEL: Das Treiben dieser Befreiungsfront hat immerhin dazu geführt, dass der Westen ernsthaft über Serbiens Forderung nachdenkt, etwa tausend Soldaten der jugoslawischen Armee im Grenzgebiet zum Kosovo zu stationieren.

* Bei einem Gedenkgottesdienst für den serbischen Dichter Jovan Dučić am 22. Oktober.

Rugova: Das wäre absurd. Damit wäre auch die Sicherheit der Kfor-Truppen in Frage gestellt. Schließlich wurde die entmilitarisierte Pufferzone nicht grundlos geschaffen. Wie auch immer: Das Spiel für Serbien ist vorbei. Endgültig.

SPIEGEL: Ihre Partei, die Demokratische Liga LDK, hat jetzt einen deutlichen Wahlsieg bei den Gemeindewahlen errungen. Hat Sie das entschädigt für die Haltung jener westlichen Politiker, die Sie bereits abgeschrieben hatten?

Rugova: Natürlich war ich glücklich über diesen Vertrauensbeweis. Aber die LDK war immer stabiler, als dies im Westen wahrgenommen wurde. Wir haben diesen Staat geschaffen und ihn zehn Jahre geformt – ohne Gewalt und ohne aggressive Konfrontationspolitik.

SPIEGEL: Dennoch haben die USA eindeutig versucht, den ehemaligen UÇK-Führer Hashim Thaçi als künftigen politischen Kosovo-Führer aufzubauen. Nun hat seine extrem nationalistische Partei verloren. Warum?

Rugova: Ich bin nicht sicher, ob diese Parteien in nationalen Fragen radikaler sind als wir. Die Bürger des Kosovo haben inzwischen begriffen, dass der Krieg beendet ist und jetzt ein Frieden mit Zukunftsperspektiven aufgebaut werden muss.

SPIEGEL: Politik im Kosovo scheint aber weiterhin gefährlich zu sein. Vier enge



Deutsche Kfor-Soldaten im Kosovo: „Feste Stützpunkte zum Schutz der ganzen Region“

Freunde von Ihnen wurden mittlerweile ermordet.

Rugova: Unsere Bürger sind schockiert über diese Attentate. Früher hatten wir Belgrad als Gegner, und wir Albaner waren die Guten. Jetzt, wo die Gefahr aus Belgrad gebannt ist, melden sich auch die Teufel in unseren eigenen Reihen wieder.

SPIEGEL: Eigentlich zweifelt doch niemand, dass Ihre innenpolitischen Rivalen hinter den Attentaten stehen. Warum gibt es immer noch keine Verhaftungen?

Rugova: Die Uno-Verwaltung Unmik und die internationale Polizei führen die Un-

tersuchungen, und ich erwarte eine schnelle Ergreifung und Verurteilung der Täter. Seit acht Monaten haben wir ein funktionierendes Gerichtswesen, doch keiner der Täter wurde bisher festgenommen. Wenn dies so weitergeht, werden die Morde nicht aufzuhalten sein.

SPIEGEL: Ist die internationale Gemeinschaft tatsächlich an einer Bestrafung der Täter interessiert oder genießen diese möglicherweise politischen Schutz, etwa aus den USA?

Rugova: An ausländischen Schutz glaube ich nicht. Aber ich schließe nicht aus, dass einige politische Parteien im Kosovo die

Mörder schützen. Die Unmik muss deshalb an der schnellen Aufklärung interessiert sein, sonst wird die Gewalt im Kosovo überhand nehmen.

SPIEGEL: Haben Sie Angst?

Rugova: Ich möchte den Menschen sehen, der gegenüber solchen Drohungen gleichgültig bleibt. Aber als Politiker muss man diese Gefahr akzeptieren. Der letzte Mord war direkt gegen mein Büro und gegen mich gerichtet.

SPIEGEL: Ist das nicht ein böses Omen für die kommenden Wahlen?

Rugova: Das Ziel dieser Gruppen ist es ja, die Wahlen durch solche Gewaltakte zu verhindern. In einem demokratischen Rechtsstaat und in normalen Zeiten hätten diese Extremisten und Kriegsprofiteure längst ihre Stellung verloren.

SPIEGEL: Sie glauben also, Ihr Rivale Thaçi steckt hinter diesen Vorfällen?

Rugova: Solange die Untersuchungen nicht beendet sind, kann ich niemanden beschuldigen.

SPIEGEL: Die Mehrzahl albanischer Politiker übt harsche Kritik an der Unmik und fühlt sich bevormundet. Was könnte besser gemacht werden?

Rugova: Wir müssen realistisch sein. Die Unmik fand ein zerstörtes Land vor und hat vieles erreicht: Heute haben wir bereits 20 Ministerien – unter anderem für Finanzen, Justiz, Erziehung. Aber im Be-

reich ausländischer Investitionen stagnieren die Initiativen. Auch unsere Kosovo-Polizei könnte besser sein.

SPIEGEL: Steht sie zu sehr unter dem Einfluss von Thaçis einstigen UÇK-Kämpfern?

Rugova: Einige Parteien wollten nur ehemalige UÇK-Mitglieder in den neuen Sicherheitskräften sehen. Es wäre eindeutig



Rugova (2. v. l.), SPIEGEL-Redakteure*: „Positive Wende“

vorteilhafter gewesen, auch unsere ehemalige Kosovo-Polizei zu integrieren. Aber in Kürze werden wir eine eigene Polizeiakademie haben, die vor allem professionelle und keine politischen Kriterien anlegt.

* Renate Flottau, Martin Doerry, Hans Hoyng in Rugovas Villa in Pristina.

SPIEGEL: Wie lange wird die Uno noch im Kosovo präsent sein?

Rugova: Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werden unsere albanischen Politiker mehr Macht und Verantwortung erhalten. Unmik wird noch einige Zeit bleiben, um beim Übergang zu helfen – allerdings mit weniger Personal.

SPIEGEL: Der Republikaner George W. Bush hat bereits angekündigt lassen, er werde die amerikanischen Kfor-Truppen abziehen. Was kommt dann? Ein neuer Krieg?

Rugova: Die Nato muss auf ewig im Kosovo bleiben, wie auch immer sie ihr Mandat dann nennen mag. Denkbar sind beispielsweise feste Nato-Stützpunkte zum Schutz der gesamten Region.

SPIEGEL: Erwarten Sie im Ernst, dass die Nato die-

se Rolle als Privatarmee des Kosovo akzeptiert?

Rugova: Die Nato ist bereits unsere Privatarmee. Aber in Zukunft werden wir die Verantwortung teilen und zusätzlich eine eigene Armee als Schutzmacht aufbauen.

SPIEGEL: Herr Rugova, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.